

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
09.11.2021
Ausschussbetreuender Fachbereich
Ratsbüro
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Dienstag, 28.09.2021

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:05 Uhr – 18:30 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe Protokollierung unter TOP Ö1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 24.06.2021 - öffentlicher Teil**
0514/2021
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 4.1 **Schriftliche Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 4.1.1 **Schriftliche Mitteilung des Bürgermeisters: Mitteilung zur Bildung von zwei neuen Fachbereichen**
0556/2021
 - 4.2 **Mündliche Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5** **Initiierung eines Thinktanks digitale Papierstadt**
0538/2021

- 6** **Sachstandsbericht zur Umsetzung der E-Government-Strategie**
0548/2021

- 7** **Nachtragsstellenplan 2021**
0483/2021

- 8** **Gründungsbeschluss Schulbau-GmbH**
0518/2021

- 9** **Änderung der Satzung über die kommunale Einrichtung
"Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR" in der Rechtsform der Anstalt
des öffentlichen Rechts der Stadt Bergisch Gladbach vom 10.07.2016 in der
Fassung der II. Nachtragssatzung**
0442/2021

- 10** **Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes vom 16.09.2019 zur
Benennung eines Platzes in Bergisch Gladbach mit dem Namen
„Platz der Kinderrechte“**
0530/2021

- 11** **Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach in der "Deutschen Gesellschaft für
nachhaltiges Bauen e.V." (DGNB) und Beitritt zur Initiative „Klimapositive Städte
und Gemeinden“ der DGNB**
0497/2021

- 12** **Anträge der Fraktionen**

- 12.1** **Antrag der AfD-Fraktion vom 10.05.2021 (eingegangen am 10.05.2021)
„Mitgliedschaft im Verein Deutsche Sprache e.V.“**
0302/2021

- 12.2** **Antrag der AfD-Fraktion vom 29.07.2021 "Lokal statt Global: Pragmatische
Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse und weitere
Klimawandelfolgen"**
0501/2021

- 12.3** **Antrag der AfD-Fraktion vom 04.09.2021 (eingegangen am 06.09.2021): "Austritt
Bündnis 'Städte sicherer Häfen'"**
0539/2021

- 12.4** **Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 14.08.2021 (eingegangen am
10.09.2021): "Alternative zu Einwegbechern"**
0555/2021

- 13** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Stein eröffnet um 17:05 Uhr die 7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Außendorf (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herr Dr. Symanzik (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), welche durch Herrn Eschbach (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Klupp (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) vertreten würden, entschuldigt.

An der 7. Sitzung des Hauptausschusses haben teilgenommen:

Dr. Friedrich Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Bischoff (CDU-Fraktion)
Christian Buchen (CDU-Fraktion)
Collin Eschbach (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Hans Josef Haasbach (CDU-Fraktion)
Harald Henkel (CDU-Fraktion)
David Kirch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Martina Klupp (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Corvin Kochan (SPD-Fraktion)
Jörg Krell (FDP-Fraktion)
Christine Mehls (SPD-Fraktion)
Theresia Meinhardt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Michael Metten (CDU-Fraktion)
Dr. Benno Nuding (Fraktion Freie Wählergemeinschaft)
Klaus Orth (SPD-Fraktion)
Frank Samirae (Fraktion Bürgerpartei GL)
Lutz Schade (CDU-Fraktion)
Anna Maria Scheerer (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Fabian Theodor Schütz (AfD-Fraktion)
Klaus Waldschmidt (SPD-Fraktion)
Josef Willnecker (CDU-Fraktion)

Vonseiten der Verwaltung haben teilgenommen:

Frank Stein (Bürgermeister)
Harald Flügge (Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter)
Ragnar Migenda (Beigeordneter)
Thore Eggert (Beigeordneter/Stadtkämmerer)
Marcel Böttcher (VV I-2)
Christian Ruhe (FB 9-14)
Saskia Anger (FB 9-14)

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein:

Die Einladung vom 14.09.2021 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen sowie als Tischvorlagen:

die Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus der Sitzung des ASG am 22.09.2021 zu TOP Ö 8 der heutigen Sitzung,

eine ergänzende Unterlage zur Vorlage Nr. 0483/2021 – Nachtragsstellenplan 2021 (TOP Ö 7) sowie

eine ergänzende Unterlage zur Vorlage Nr. 0543/2021 - Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold, der Ehrennadel in Silber und der Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung (TOP N 4).

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 24.06.2021 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 24.06.2021 - öffentlicher Teil *0514/2021*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1. Schriftliche Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1.1. Schriftliche Mitteilung des Bürgermeisters: Mitteilung zur Bildung von zwei neuen Fachbereichen *0556/2021*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4.2. Mündliche Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur Öffnung der Rat- und Stadthäuser für den Publikumsverkehr

Herr Stein führt an, dass auch das Rathaus Bensberg in Kürze wieder geöffnet werde. Die Regelungen zur Terminvergabe würden grundsätzlich aufrecht erhalten, um Wartezeiten zu vermeiden. In den Wartebereichen würden Abstandsregeln und Maskenpflicht kenntlich gemacht werden.

Mitteilung zu den Bürgerbüros in Bensberg und Refrath

Herr Stein äußert, dass die beiden Bürgerbüros in Bensberg und Refrath ab 04.10.2021 bzw. 05.10.2021 wieder geöffnet seien.

In beiden Außenstellen könnten alle Angelegenheiten erledigt werden, die auch im zentralen Bürgerbüro in der Stadtmitte angeboten werden.

Lediglich die Ausweis- und Passabholung erfolge weiterhin im Bürgerbüro Stadtmitte.

In den Außenstellen sei keine vorherige Terminvereinbarung möglich. Daher könne es vorkommen, dass Kundinnen und Kunden zunächst draußen warten müssten.

Die Öffnungszeiten seien wie folgt:

Bürgerbüro Bensberg Schloßstraße 59:

Montag: 14.00 bis 16.30 Uhr

Donnerstag: 09.00 bis 12.30 Uhr

Bürgerbüro Refrath Siebenmorgen 45 (durch die Passage) bzw. Eingang Passage neben Dolmanstraße 22

Dienstag und Mittwoch: 14.00 bis 16.30 Uhr

Freitag: 09.00 bis 12.30 Uhr

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Initiierung eines Thinktanks digitale Papierstadt
0538/2021

Herr Buchen äußert, dass die CDU-Fraktion die Einrichtung eines Thinktanks sehr begrüße.

Herr Schütz merkt an, dass in der Beschlussvorlage keine Kosten aufgeführt seien. Er würde sich wünschen, dass dies noch ergänzt werde. Es sei positiv anzusehen, dass jede Fraktion die Möglichkeit bekomme einen Vertreter in diesen Beirat zu entsenden. Allerdings wäre es besser gewesen, wenn man dahingehend schon vorher das Interesse abgefragt hätte. Über die angekündigte Entsendung von Dritten für diesen Beirat könne man allerdings nicht entscheiden ohne entsprechende Vertreter vorher gefragt zu haben. Er fragt an, ob bereits Gespräche mit Dritten geführt worden seien.

Herr Eggert antwortet, dass hierfür im Wesentlichen keine Kosten entstehen würden. Man habe im Vorfeld bereits Gespräche geführt und die FHDW würde in Form von Herrn Prof. Dr. Brändle gerne teilnehmen. Ebenfalls habe man mit der IHK gesprochen und auch dort sei Interesse gezeigt worden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung der AfD dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, einen Thinktank „Digitale Papierstadt“ zu initiieren.

6. Sachstandsbericht zur Umsetzung der E-Government-Strategie
0548/2021

Herr Böttcher erläutert, dass es ein Serviceportal der Stadt gebe, in welchem digitale Services bereitgestellt würden. Dieses werde noch weiter ausgebaut und bereits im Oktober werde es ein großes Update hierzu geben. Zu einem späteren Zeitpunkt werde es auch eine Präsentation des Serviceportals für die Ausschussmitglieder geben.

Herr Stein schlägt vor, dass Herr Böttcher mit den Fraktionen einen Onlinetermin für die Präsentation abspreche, sobald das Serviceportal komplett fertig sei.

Herr Buchen schlägt vor, dass man den „Sachstandsbericht zur Umsetzung der E-Government-Strategie“ nicht als Fließtext vorlege, sondern an bestimmten Stellen visualisiere. Hierbei könnten Meilensteine, Risiken und diverse Abläufe hervorgehoben werden. Außerdem merkt er an, dass der Text zum Handlungsfeld 2 (digitaler Bürgerservice) widersprüchlich sei. Zunächst sei

beschrieben, dass das Serviceportal produktiv sei und danach, dass es nur für einzelne Services da sei. Er fragt an, ob Herr Böttcher dies erläutern könne. Als zweites bringt er an, dass im Handlungsfeld 3 (digitale Abwicklung von Prozessen) vorgesehen sei eine Prozessmanagementsoftware einzurichten. Er sei der Auffassung, dass trotzdem eine Person die Prozesse analysieren müsse, um herauszufinden was optimiert werden könne. Zuletzt führt er bezüglich dem Handlungsfeld 4 (modernes Arbeiten) an, dass hierzu die Kommunikationssoftware Rainbow beschafft worden sei. Allerdings hätten einige Ratsmitglieder damit schlechte Erfahrungen gemacht und er wolle wissen, warum man Rainbow gewählt habe und ob man die Software noch wechseln könne.

Herr Böttcher erläutert, dass das Serviceportal produktiv sei. Momentan könne man dort die ersten Dienstleistungen finden, welche digital angeboten würden. Weitere Funktionen seien momentan im Aufbau. Dazu werde es im Oktober ein Update geben. Zum Thema Prozessmanagement könne er sagen, dass es im Fachbereich 1 ein Team gebe, welches Prozesse analysiere und ebenfalls würden hierfür neue Stellen im Team Digitalisierung beantragt. Man habe also interne Experten, welche die Prozesse begleiten würden. Insgesamt solle es ein einheitliches Prozessmanagement in der gesamten Stadtverwaltung geben. Zu Herrn Buchens Frage bezüglich Rainbow erläutert er, dass es auch intern damit Probleme gebe und die Verwaltung auf angekündigte Verbesserungen der Software gehofft hätte, welche aber nicht eingetreten seien. Man sei nicht gezwungen bei Rainbow zu bleiben und man werde das Programm immer wieder auf den Prüfstand stellen und überlegen ob man wechsele.

Herr Krell äußert, dass er zum Thema Digitalisierung ein großes Lob an die Verwaltung und insbesondere Herrn Böttcher ausspreche. Der Statusbericht mache sehr deutlich, dass man mit großen Schritten in die richtige Richtung gehe, sowohl was den Service für Bürgerinnen und Bürger betreffe als auch das Prozessmanagement der Verwaltung.

Herr Stein merkt an, dass er sich über diese positive Rückmeldung freue.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Nachtragsstellenplan 2021 *0483/2021*

Herr Krell stellt einen Ergänzungsantrag dahingehend, dass die Verwaltung prüfen möge, ob ein Teil der Stellen durch externe Dienstleistungen ersetzt werden könne und die Möglichkeit der Inanspruchnahme aller möglichen Fördertöpfe für das Unterfangen der Vollkonversion Zanders zusammen gestellt werde.

Herr Haasbach führt an, dass die 18 neuen Stellen zum einen als Angestelltenstellen und zum anderen als Beamtenstellen ausgeschrieben seien. Er wolle wissen, nach welchen Kriterien festgelegt worden sei, ob es sich um eine Angestellten- oder Beamtenstelle handele. Er könne zudem die Kostengegenüberstellung dieser unterschiedlichen Stellen nicht nachvollziehen und bittet darum, dass zur Ratssitzung eine Berechnung dieser Gegenüberstellung vorgelegt werde. Besonders interessant sei es, wenn man diese Kosten über einen Lebenszyklus von 30 Jahren darstellen würde.

Herr Geist erläutert, dass es keine Wahlmöglichkeit für Bewerber gebe, ob diese im Angestellten- oder Beamtenverhältnis eingestellt würden. Man wolle bereits verbeamteten Bewerbern anbieten, dass diese auch im Beamtenverhältnis übernommen würden. Bewerber welche im Angestelltenverhältnis tätig seien bekämen kein Angebot von der Stadt im Beamtenverhältnis eingestellt zu werden. Zudem seien die dargestellten Werte Mittelwerte der Kosten, da die Bezahlung/Besoldung auch von Erfahrungsstufen abhängig sei.

Herr Stein äußert, dass man Herrn Haasbachs Fragen bis zur Ratssitzung beantworten könne.

Herr Geist ergänzt, dass der Fachbereich grundsätzlich nicht für Beamte vorgesehen sei. Man wolle nur verbeamteten Bewerbern die Möglichkeit geben im Beamtenverhältnis weiter zu arbeiten.

Herr Stein betont, dass es das Ziel sei Tarifbeschäftigte einzustellen. Falls sich eine verbeamtete Person bewerbe und diese sei aus Sicht der Verwaltung die richtige, werde man diese im Beamtenverhältnis übernehmen.

Herr Dr. Nuding wirft ein, dass die Freie Wählergemeinschaft dem Nachtragsstellenplan nicht zustimmen könne, da dieser zu kurzfristig eingereicht worden sei und zu wenige Informationen vorhanden seien.

Herr Waldschmidt führt an, dass man diese Thematik im interfraktionellen Arbeitskreis diskutiert habe und die Notwendigkeit der Stellen dargestellt worden sei. Deshalb könne er die Kritik der anderen nicht nachvollziehen.

Herr Haasbach betont, dass seine Frage sehr berechtigt sei, da es einen großen Kostenunterschied gebe bei Angestellten und Beamten.

Herr Stein stellt zunächst den Antrag von Herrn Krell, dass die Verwaltung prüfen möge, ob ein Teil der Stellen durch externe Dienstleistungen ersetzt werden könne und die Möglichkeit der Inanspruchnahme aller möglichen Fördertöpfe für das Unterfangen der Vollkonversion Zanders zusammenstellen, zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die CDU, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD; die FDP, die AfD, die Freie Wählergemeinschaft und die BÜRGERPARTEI GL.

Damit ist dieser Antrag einstimmig **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig bei Enthaltung der Freien Wählergemeinschaft folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Einrichtung von weiteren 18 neuen Stellen für den Nachtragsstellenplan 2021 wird zugestimmt.

8. Gründungsbeschluss Schulbau-GmbH *0518/2021*

Herr Haasbach regt an, dass das Personal in der Schulbau GmbH nach TVöD bezahlt werde. Dies sei damit zu begründen, dass in solchen Gesellschaften für alle das gleiche Recht gelten sollte und man mögliche Neidfaktoren verhindern müsse.

Herr Stein weist daraufhin, dass ein Kernziel der Neustrukturierung unabhängig von Tarifvorgaben sei.

Herr Eggert führt an, dass man sich von der Schulbau GmbH in Düsseldorf habe beraten lassen. Dort könne sich jeder städtische Mitarbeiter auf die Stellen der Schulbau GmbH bewerben. Jedoch seien in Düsseldorf keine Bewerbungen vonseiten der städtischen Mitarbeiter eingegangen, da es in der Schulbau GmbH andere Konditionen gebe als in der Verwaltung selber.

Herr Stein wirft ein, dass über die Anstellungsbedingungen noch im Aufsichtsart diskutiert werde.

Herr Eggert ergänzt, dass man das Personal sowieso nur in Anlehnung an den TVöD entlohnen könne, da die Schulbau GmbH ein privatrechtliches Konstrukt sei. Es sei fraglich, ob diese Art der Entlohnung überhaupt Vorteile mit sich bringen würde.

Herr Dr. Metten äußert, dass man mit der Schulbau GmbH Ausschreibungsmodalitäten, an welche die Stadt normalerweise gebunden sei, umgehen könnte. Solche Rahmenbedingungen sollten definitiv diskutiert werden. Es sei möglich, dass eine Bezahlung oberhalb des Tarifvertrages notwendig werde, aber alle anderen arbeitsrechtlichen Komponenten könnten an den Tarifvertrag anknüpfen. Es sei ihm zu wenig, dass dieses Thema nur in den Aufsichtsrat verwiesen werde.

Herr Stein antwortet, dass man die Konditionen in Anlehnung an den TVöD gestalten könne. In Anlehnung bedeute aber nicht eins zu eins, sondern bloß eine Orientierung daran.

Herr Kochan führt an, dass er darüber verwundert sei warum dieses Thema jetzt diskutiert werde, denn der ASG habe hierzu eine einstimmige Beschlussempfehlung abgegeben. Er werbe dafür nun den Weg mit der Schulbau GmbH, so wie andere Städte auch, einzuschlagen und weiteres könne noch im Aufsichtsrat diskutiert werden.

Frau Meinhardt merkt an, dass man nicht vergessen dürfe, dass die Schulbau GmbH auch aus der Not heraus gegründet werde. Die Schulen würden einen massiven Sanierungsstau aufweisen und man müsse nun endlich beginnen diesen zu beseitigen.

Herr Waldschmidt betont, dass der Schulbau die letzten Jahre in Bergisch Gladbach gescheitert sei. Mit der Schulbau GmbH versuche man nun neue Wege zu gehen, um die prekäre Situation der Schulgebäude zu ändern. Die Frage, wie das Personal der Schulbau GmbH entlohnt werde, sollte im Aufsichtsrat geklärt werden.

Herr Schütz betont, dass die AfD-Fraktion sich enthalten werde, da man in dieser Schulbau GmbH eine Ungleichbehandlung von Mitarbeitenden schaffe. Ob dies für das Arbeitsklima sinnvoll sei, wage er zu bezweifeln. Herrn Waldschmidts Aussage, dass der Schulbau die letzten Jahre gescheitert sei, sei nicht zuletzt auf die SPD-Fraktion selber zurückzuführen.

Herr Haasbach äußert, dass er erstaunend zur Kenntnis nehme, dass der TVöD für Mitarbeitende nicht ausreiche. Dies habe nichts damit zu tun, dass die CDU-Fraktion der Schulbau GmbH nicht zustimme, aber eine solche Regelung sollte in den Gesellschaftsvertrag mit aufgenommen werden. Die Stadt Hamburg habe sogar in den TVöD gewechselt, da man keine Mitarbeitenden gefunden habe.

Herr Dr. Metten kritisiert, dass Herr Waldschmidt und Frau Meinhardt heute eine andere Meinung von sich darstellen würden als bisher. Zudem könne man im Nachhinein immer sagen, dass man vieles hätte anders machen müssen. Das hätte die CDU-Fraktion mit Sicherheit auch gerne getan. Jedoch habe man damals auch eine andere haushaltsrechtliche Situation gehabt.

Herr Krell merkt an, dass er die Argumentation der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen könne. Man wolle nun eine Gesellschaft mit erhöhter Flexibilität, damit man mit dem Schulbau vorankomme, welcher die letzten Jahre vor die Wand gefahren worden sei. Er betont, dass er nicht Teil dieser Koalition gewesen sei.

Herr Dr. Bacmeister führt an, dass er den Mitgliedern aus der letzten Legislaturperiode zubillige, dass sie im Korsett des Nothaushaltes gesteckt hätten. Allerdings habe man nun einen enormen Nachholbedarf. Der TVöD schränke die Flexibilität ein, welche man sich aufgrund der Situation des Arbeitsmarktes nicht nehmen lassen sollte. Die Mitarbeitenden der Schulbau GmbH sollten sich in privatrechtlichen Organisationsformen bewegen, was auch bedeute, dass diese zu Mehrarbeit bereit sein sollten.

Herr Buchen äußert, dass der ASG nur einer der zuständigen Ausschüsse sei, in welchem dieses Thema beraten werde. Allerdings betrachte der Hauptausschuss dieses Thema nun von der Seite des Personals für die Schulbau GmbH. Es sei also angebracht darüber zu diskutieren, wie das Personal entlohnt werde.

Herr Samirae erläutert, dass man in vielen Berufsgruppen große Schwierigkeiten habe Fachleute zu bekommen. In den letzten fünf Jahren habe die Stadt entsprechende Fachleute nicht finden können, weshalb diverse Aufgaben nicht erledigt werden konnten. Man müsse nun alles daransetzen, dass für die Schulbau GmbH das entsprechende Personal gefunden werde. Im Endeffekt könne man dann feststellen, dass man mit den richtigen Leuten, für eventuell mehr Kosten, das gewünschte Ergebnis schneller erreiche, als mit den falschen Leuten.

Herr Migenda betont, dass die Verwaltung verstanden habe, dass die Schulen in einem schlechten Zustand seien. Man wisse ebenfalls, dass man mit der personellen Situation im Hochbauamt an die Grenzen gekommen sei. Er sei der Auffassung, dass die Gründung der Schulbau GmbH ein insgesamt guter Weg sei um voran zu kommen. Es sei positiv, dass man bei der Schulbau GmbH eine Flexibilität bezüglich der Bezahlung des Personals habe, denn diese sei innerhalb der Verwaltung so nicht vorhanden. Er wolle ergänzen, dass die Tarifstufe EG 10 mit der Beamtenbesoldungsstufe A 11 in etwa gleich zu stellen sei. A 11 bedeute also nicht, dass die Bezahlung höher sei. Er erachte den Schritt der Gründung der Schulbau GmbH als sehr wichtig und sehe eine große Chance so aus dem Sanierungsstau herauszukommen.

Herr Waldschmidt führt an, dass er die Diskussion nicht verstehen könne, da man im ASG den Sanierungsstau erkannt habe und eine einstimmige Beschlussempfehlung abgegeben habe. Wenn man sich schon dazu entscheide eine Schulbau GmbH zu gründen, dann müsse man dieser auch die Chance geben sich am Markt zu behaupten.

Herr Dr. Nuding wirft ein, dass man bereits vor 20 Minuten den Konsens gehabt hätte, dass sich die Vergütung an den TVöD anlehnen solle. Er verstehe nicht, warum noch weiter diskutiert werde.

Herr Haasbach stellt einen Änderungsantrag dahingehend, **dass die Arbeitsverhältnisse nach den Regelungen des TVöD gestaltet werden.**

Sodann stellt Herr Stein den Antrag von Herrn Haasbach, **dass die Arbeitsverhältnisse nach den Regelungen des TVöD gestaltet werden**, zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gegen den Antrag stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft und die Fraktion BÜRGERPARTEI GL. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig bei Enthaltung der AfD dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Schulbau GmbH als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach zu gründen.

9. **Änderung der Satzung über die kommunale Einrichtung**
"Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR" in der Rechtsform der
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Bergisch Gladbach vom 10.07.2016
in der Fassung der II. Nachtragssatzung
0442/2021

Herr Stein führt an, dass er in der Sitzung des VR SEB AöR am 24.08.2021 zur Beantwortung von in der Sitzung geäußerten Fragen auf die heutige Sitzung verwiesen habe. Hierzu gebe er nun Herrn Migenda das Wort.

Herr Migenda erläutert, dass man überlege in welchem Fachbereich man die neuen Aufgaben verorten könne. Naheliegend wäre hierfür der Bereich des Hochbaus, welcher allerdings momentan überlastet sei. Aktuell prüfe man in Gesprächen, ob man die städtischen Gebäude mit Photovoltaik in Verbindung mit Gründächern ausstatten könne. Dazu spreche man mit den Klimafreunden mit dem Ziel eine Energiegenossenschaft zu gründen, wobei man auch die Energiegewinner aus Köln mit einbezogen habe. Hierbei müssten allerdings auch diverse wirtschaftliche und steuerrechtliche Aspekte betrachtet werden. In der nächsten Zeit wolle man vertiefende Gespräche auch über die vertragliche Umsetzung führen. Man habe bereits verschiedene Flächen, unter anderem das NCG und DBG, für die Ausstattung mit Photovoltaik ausgesucht. Zur Verortung des Themas in der Verwaltung werde in den nächsten Ausschusssitzungen ein Vorschlag unterbreitet.

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte III. Nachtragssatzung zur Satzung des Stadtentwicklungsbetriebs Bergisch Gladbach – AÖR.

10. Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes vom 16.09.2019 zur Benennung eines Platzes in Bergisch Gladbach mit dem Namen „Platz der Kinderrechte“
0530/2021

Herr Waldschmidt führt an, dass man den Platz „vor der roten Schule“ in Heidkamp so benennen sollte, wie es der Kinderschutzbund beantragt habe.

Herr Migenda betont, dass er diesen Antrag sehr begrüße, da man so der zukünftigen Generation Wertschätzung entgegenbringe. Man werbe massiv für Kinderrechte und sollte diese auch zukünftig als Selbstverständnis ansehen.

Herr Stein äußert, dass sich der Platz der „roten Schule“ für eine solche Benennung anbiete, da er sehr zentral sei.

Herr Waldschmidt wirft ein, dass der Vorsitzende des Kinderschutzbundes ausdrücklich bestätigt habe, dass dieser Platz so benannt werden solle.

Herr Schütz merkt an, dass es sich hierbei um reine Symbolpolitik handle. Es sei wichtiger, dass sich das Jugendamt um das Wohl der Kinder Sorge.

Herr Stein antwortet, dass das Kinderwohl im Jugendamt im Mittelpunkt stehe. Dieser Antrag sei eine Ergänzung für das Kinderwohl und kein Ersatz von der Arbeit.

Herr Krell fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass es sich hierbei um eine offizielle Benennung handle.

Herr Stein antwortet, dass er dies so verstanden habe.

Herr Buchen äußert, dass man sich aus der Vorlage erschließen könne, dass es sich um eine inoffizielle Benennung handle.

Herr Krell stellt einen Antrag dahingehend, dass die Benennung des Platzes offiziell erfolge. Er halte dies für sehr wichtig, um das Bekenntnis zum Kinderwohl auszudrücken.

Herr Stein stellt sodann den Antrag von Herrn Krell, dass die Benennung des Platzes vor der „roten Schule“ in Heidkamp offiziell erfolge, zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die CDU, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD; die FDP, die AfD, die Freie Wählergemeinschaft und die BÜRGERPARTEI GL.

Damit ist dieser Antrag einstimmig **angenommen**.

11. Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach in der "Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen e.V." (DGNB) und Beitritt zur Initiative „Klimapositive Städte und Gemeinden“ der DGNB
0497/2021

Frau Meinhardt merkt an, dass sie sehr erfreut über diese Mitgliedschaft sei.

Herr Schütz betont, dass er keine Sinnhaftigkeit in dieser Mitgliedschaft sehe.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Begründung einer Mitgliedschaft in der „Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen e.V.“ (DGNB) ab dem 01.01.2022 wird vorbehaltlich der Einstellung des hierfür zu entrichtenden Mitgliedschaftsbeitrages in Höhe von ca. 2.200,00 EUR p.a. ab 2022 in den städtischen Haushalt beschlossen. Zudem wird der Beitritt zur Initiative „Klimapositive Städte und Gemeinden“ der DGNB beschlossen.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Antrag der AfD-Fraktion vom 10.05.2021 (eingegangen am 10.05.2021) „Mitgliedschaft im Verein Deutsche Sprache e.V.“ 0302/2021

Herr Schütz führt an, dass er in den letzten Jahren verstärkt feststellen konnte, dass das sogenannte „Framing“ zugenommen habe. Insofern halte er es für sinnvoll, dass man das Bewusstsein über die deutsche Sprache mehr fördere.

Herr Kochan äußert, dass er es bemerkenswert finde, dass Herr Schütz gerade die Mitgliedschaft in einem Verein abgelehnt haben, wo kein Nutzen erkennbar sei, aber jetzt eine Mitgliedschaft in einem Verein fordere, der auch erkennbar keinen Nutzen habe. Man habe den Eindruck hier gehe eher um einen Verein, der einem besser passe.

Herr Waldschmidt wirft ein, dass ihn das an den Vorsitzenden der AfD erinnere, der kein deutsches Lied oder Gedicht kenne und im Vorfeld die deutsche Sprache hochgelobt habe.

Herr Schütz äußert, dass er Herr Kochan darauf hinweisen wolle, dass Schizophrenie eine schwere Krankheit sei und dass man diese nicht in eine politische Diskussion ziehe.

Für den Antrag der AfD-Fraktion stimmt die AfD. Gegen den Antrag der AfD-Fraktion stimmt die CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP, die Freie Wählergemeinschaft und die BÜRGERPARTEI GL. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

12.2. Antrag der AfD-Fraktion vom 29.07.2021 "Lokal statt Global: Pragmatische Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse und weitere Klimawandelfolgen" 0501/2021

Diese Vorlage wurde unter Einvernehmen in die nächste Sitzung vertagt.

12.3. Antrag der AfD-Fraktion vom 04.09.2021 (eingegangen am 06.09.2021): "Austritt Bündnis 'Städte sicherer Häfen'" 0539/2021

Für den Antrag der AfD-Fraktion stimmt die AfD. Gegen den Antrag der AfD-Fraktion stimmt die CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP, die Freie Wählergemeinschaft und die BÜRGERPARTEI GL. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

12.4. Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 14.08.2021 (eingegangen am 10.09.2021): "Alternative zu Einwegbechern" 0555/2021

Herr Samirae erläutert, dass bereits einige Städte ein System mit Mehrwegbechern eingeführt hätten. Diese Becher seien von den Städten bereitgestellt worden und mit attraktiven Bildern versehen worden.

Frau Meinhardt äußert, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Mehrwegbeckersystem sehr begrüße. In Köln gebe es bereits eine solche Initiative und sie sei der Auffassung, dass die Stadt Bergisch Gladbach dies auch einführen könne.

Herr Schütz stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass dieser Antrag in den Ausschuss für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung verwiesen werde.

Herr Stein führt an, dass er diesen Antrag zunächst mit Herrn Westermann von der Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach besprechen wolle, um die Schnittstelle zur IHK zu bearbeiten. Je nach Ergebnis werde dieser Antrag in den Ausschuss für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung eingebracht.

Im Hauptausschuss besteht Einvernehmen darüber so zu verfahren.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Haasbach: Anfrage zu TOP Ö10; offizielle Benennung des Platzes

Herr Haasbach fragt an, ob er richtig verstanden habe, dass die Benennung des Platzes offiziell erfolge und die Anwohner somit eine neue Adresse hätten.

Herr Stein antwortet, dass Herr Haasbach dies so richtig verstanden habe.

Herr Dr. Nuding erläutert, dass man dann einen Formfehler gemacht hätte, da man nach der Richtlinie zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen eine Anwohner-Befragung vor der Umbenennung durchführen müsse.

Herr Stein antwortet, dass geprüft werde, ob hier geltendes Recht verletzt worden sei. Wenn dies der Fall sei, werde die Thematik erneut in den Ausschuss eingebracht.

Herr Schütz: Anfrage bezüglich 3-G-Regel in Ratssitzungen

Herr Schütz erläutert, dass es beim Verwaltungsgericht Minden ein Urteil gebe bezüglich der 3-G-Regel in Gremiensitzungen. Dieses beinhalte, dass ein Ratsherr auch ohne die 3-G-Regel an Gremiensitzungen teilnehmen könne. Außerdem gebe es ein Urteil vom Bundesverwaltungsgericht zur Öffentlichkeit von Ratssitzungen. Er fragt an, ob der Verwaltung diese Urteile bekannt seien.

Herr Ruhe antwortet, dass das Verwaltungsgericht Minden die Auffassung vertrete, dass die Zugangsvoraussetzungen für Mandatsträger dem Parlamentsvorbehalt unterliegen würden und deshalb nicht durch Rechtsverordnung oder durch Erlass eingeschränkt werden dürften, sondern nur durch Gesetz. Das Ministerium, das den Erlass erlassen hat und die Coronaschutzverordnung, die eine Rechtsverordnung sei, begründe, vertrete die Auffassung, dass die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts Minden vom OVG gekippt werden würde. Die Erlasslage, die neue und aktuelle Erlasslage sehe vor, dass bis dahin Gremienmitglieder, die den Nachweis nicht erfüllen würden, separiert in der Sitzung gesetzt werden sollten und einen Mundschutz tragen sollten, dass diesen also der Zugang nicht verweigert werde. Dieser Rechtsauffassung könne man sich jetzt nur anschließen, dies sei Erlasslage.

Die zweite Frage, die des Zugangs der Öffentlichkeit, sei Herrn Ruhe nicht bekannt. Man könne jetzt darüber diskutieren, ob wir in einem solchen Fall analog zu den Gremienmitgliedern verfahren würden. Er sei der Auffassung, dass man zunächst weiterhin wie bisher verfare, da dies gut funktioniert hätte.

Herr Schütz bittet um eine schriftliche Beantwortung seiner Anfrage.

Herr Dr. Metten: Anfrage bezüglich Verschmutzungen Fridays for Future

Herr Dr. Metten führt an, dass es viele Fragen von Bürgerinnen und Bürger über die Verschmutzung in der Fußgängerzone anlässlich der Fridays for Future Demonstration gegeben habe. Er habe gehört, dass vonseiten der Verwaltung eine Anzeige beabsichtigt sei und fragt an ob diese Anzeige schon rausgegangen sei.

Herr Flügge antwortet, dass die Verwaltung hierzu in Kürze Stellung beziehen würde.

Herr Stein schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.30 Uhr.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung